

Thomas Laux, Teresa Lindenauer

Engagiert und gefährdet

Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen

Kurzfassung der Studie

Frankfurt am Main, im Juli 2024

Auf einen Blick

- Bedrohungen der politischen Bildung durch rechte Akteure haben Geländegewinne in der Zivilgesellschaft zum Ziel.
- Mehr als zwei Drittel der für die Studie befragten Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen berichten von gezielten Störungen und Behinderungen ihrer Arbeit.
- Rechte Akteure unterwandern zunehmend demokratische Institutionen und gefährden damit die Finanzierung der politischen Bildung.
- Der Kampf gegen Rechtsextremismus sowie die Bewahrung der Demokratie sind die wichtigsten Ziele von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen.
- Gewalt, Beleidigungen, Bedrohungen und Störungen prägen über den Berufsalltag hinaus auch in hohem Maß die Lebensführung der davon betroffenen Personen.

Allgemeiner Kontext zur Studie

In Deutschland und vor allem in Sachsen ist im letzten Jahrzehnt ein Rechtsruck zu beobachten. Der sächsische Landesverband der AfD wird vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft und bei der Bundestagswahl 2021 erzielte die AfD hier ihren bundesweit höchsten Stimmenanteil. Doch nicht bloß an der Wahlurne ist der autoritäre Nationalradikalismus auf dem Vormarsch. So werden (Lokal-)Politiker*innen bedroht und in Sachsen ist schon seit einigen Jahren eine bundesweit überdurchschnittliche Zahl von Gewalttaten gegen ausgewählte Gegner*innen des autoritären Nationalradikalismus zu verzeichnen.

Gewalt, Beleidigungen, Bedrohungen und Störungen gehören zum Repertoire des autoritären Nationalradikalismus, um politische Gegner*innen einzuschüchtern und den öffentlichen Raum zu dominieren. Auch Aktive in der politischen Bildung, die sich für eine demokratische Kultur einsetzen, werden dabei immer wieder zu Angriffszielen. Explorativ und mit einem Fokus auf Sachsen

untersucht diese Studie (1) welche Gefährdungen für Aktive in der politischen Bildung durch die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus bestehen, (2) welche Konfliktkonstellationen die Gefährdungen bedingen und (3) wie die erlebten Gefährdungen die Lebensführung der Aktiven in der politischen Bildung prägen.

Methode

Die Studie nutzt ein methodenplurales Forschungsdesign. Dazu wurden zunächst Informationen mittels einer standardisierten Online-Umfrage unter Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen erhoben. Der Fragebogen wurde an 500 Aktive in der politischen Bildung versandt und von 134 Personen ausgefüllt (Rücklaufquote 26,8 Prozent). Anschließend wurden zehn Leitfadeninterviews mit Aktiven in der politischen Bildung geführt. Die Ana-

lyse der Konfliktkonstellationen erfolgt mit einer Qualitative Comparative Analysis. Damit werden unterschiedliche Kontexte für die Bedrohungen und Beleidigungen von Aktiven in der politischen Bildung sowie die Störung ihrer Tätigkeit erfasst.

Ergebnisse

Hinsichtlich des Ausmaßes an erlebten Vorkommnissen (siehe Tabelle 1) berichten über 40 Prozent der befragten Personen von mindestens gelegentlichen Beleidigungen im persönlichen Gespräch, via Telefon oder E-Mail. Hatespeech und Beleidigungen in sozialen Medien werden dagegen seltener wahrgenommen. Androhungen, sich für ein Ende der staatlichen Finanzierung der politischen Bildung einzusetzen, erleben viele der befragten Personen. Dies verdeutlicht, dass die prekäre Finanzierung der politischen Bildung als

Tabelle 1:
Vorkommnisse im Rahmen der Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen (in Prozent)

	nie	seltener	gelegentlich	häufig	ständig
Beleidigungen im persönlichen Gespräch, via Telefon oder via E-Mail	21,6	34,3	31,3	10,4	2,2
Gewaltandrohung im persönlichen Gespräch, via Telefon oder via E-Mail	53,0	29,9	11,9	5,2	0
Hatespeech oder Beleidigungen im Internet	42,5	30,6	15,7	9,7	1,5
Anfeindungen von Familie oder des persönlichen Umfelds	76,9	14,2	7,5	1,5	0
Androhung, die Finanzierung zu streichen	38,8	22,4	25,4	8,2	5,2
Hacking oder Cyberattacken	77,6	17,9	3,0	1,5	0
Gezielte Störung oder Behinderung der Arbeit	29,1	35,8	30,6	3,7	0,7
Strafanzeigen bzw. die Drohung damit	73,9	20,1	5,2	0,7	0
Sachbeschädigung und Vandalismus	59,7	27,6	8,2	3,7	0,7
Körperliche Übergriffe	81,3	13,4	4,5	0,7	0

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Abweichungen von 100 Prozent beruhen auf Rundungen (vgl. Langfassung, S. 26).

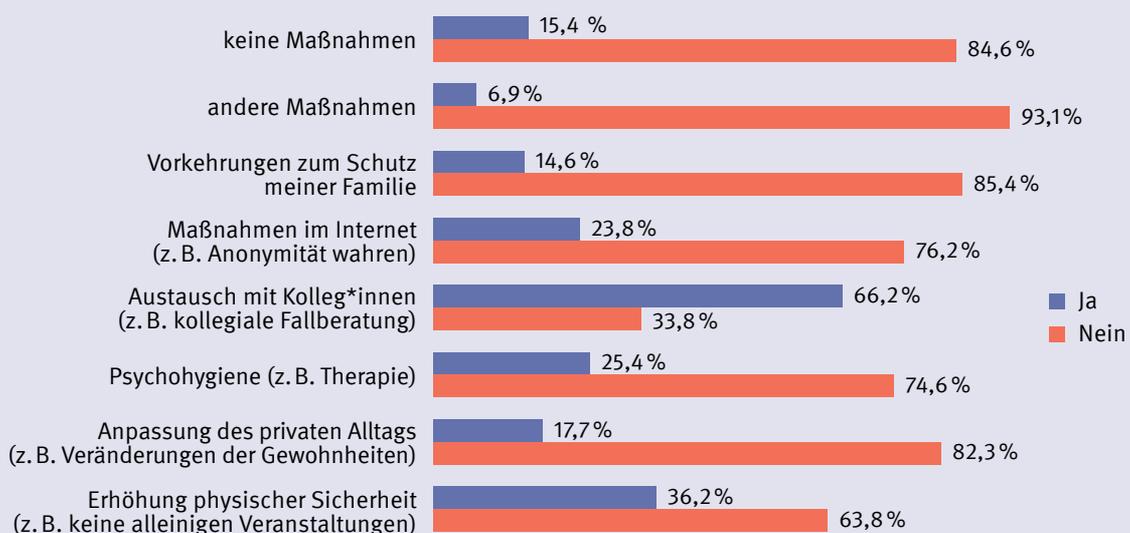
Angriffspunkt auf die politische Bildung genutzt wird. Von gezielten Störungen oder Behinderungen ihrer Arbeit berichten mehr als zwei Drittel der befragten Personen, während körperliche Übergriffe und physische Gewalt dagegen von einer großen Mehrheit bislang nicht erfahren wurden.

Zudem geben 48 Prozent der Befragten an, dass die Gefährdung insgesamt während ihrer beruflichen Laufbahn zugenommen hat, während 46 Prozent sie als gleichbleibend berichten. Trotz der wahrgenommenen Dynamik der Gefahren denken 93 Prozent nicht über einen Tätigkeitswechsel nach.

Die vergleichende Analyse ermittelt zwei Konstellationen für Gefährdungen von Aktiven in der politischen Bildung. So werden (a) Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen eingesetzt, um

„Räumungsgewinne“ für den autoritären Nationalradikalismus zu erzielen. Es zeigt sich, dass solche Vorfälle gerade in Landkreisen mit schwach ausgeprägten menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung in Kombination mit einer starken Infrastruktur der politischen Bildung stattfinden. Die gezielten Einschüchterungen werden von rechten Akteuren genutzt, um erste Geländegewinne im Konflikt gegen eine demokratiestützende Zivilgesellschaft zu erzielen. Auch erfolgen (b) Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen der politischen Bildung zur Sicherung bereits erzielter „Raumgewinne“ hin zur anvisierten Normalisierung der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus. Vorfälle dieser Art ereigneten sich dabei in Landkreisen, deren Bevölkerung vorwiegend gleichgültig gegenüber dem Rechtsextremismus als einem relevanten gesellschaftlichen Problem ist und sie treffen aufgrund ihrer

Abbildung 1:
Persönlicher Umgang mit Gefährdungen durch die Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (vgl. Langfassung, S. 28).

Sichtbarkeit vor allem Tätige im außerschulischen Bereich. Die geführten Interviews zeigen zudem ein Gefühl der Bedrohung, das als diffus und allgegenwärtig beschrieben wird und insbesondere durch die Verbindung von prekärer Finanzierung bei gleichzeitiger Institutionalisierung rechter Akteure hervorgerufen wird.

Der Umgang mit Beleidigungen, Bedrohungen und Störungen zeigt sich auf vielfältige Weise (siehe Abbildung 1), wobei nur ein geringer Teil der Befragten keine Maßnahmen ergriffen hat. Die häufigste Reaktion ist ein verstärkter Austausch mit Kolleg*innen, doch auch die private Lebensführung ist betroffen: Dies zeigt sich etwa im bewussten Verschweigen der eigenen Familie in sozialen Medien oder in der Anpassung von Gewohnheiten, z. B. im Dunkeln nicht allein aus dem Haus zu gehen, bestimmte Viertel zu meiden oder die Erhöhung physischer Sicherheit. Ausgehend von den Angaben können explorativ fünf Typen des Umgangs mit den Gefährdungen ermittelt werden, die in der Studie beschrieben sind.

Fazit

Die Studie zeigt das Ausmaß sowie die Konstellationen für Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen. Zudem werden unterschiedliche Typen des Umgangs damit unterschieden. Deutlich wird, dass der Konflikt über die kulturelle Ordnung der Gesellschaft zwischen der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus und der politischen Bildung auf lokaler Ebene als Konflikt über die Raumordnung ausgetragen wird. Die unzureichende Wahrnehmung des Rechtsextremismus

als einem gesamtgesellschaftlichen Problem und die besondere Gefährdung zivilgesellschaftlicher Institutionen weist auf die Notwendigkeit einer langfristigen und nachhaltigen Förderstruktur für die außerschulische politische Bildung hin.

Über die Autor*innen

Thomas Laux ist Juniorprofessor für Europäische Kultur und Bürgergesellschaft an der TU Chemnitz und forscht schwerpunktmäßig zu Fragen der politischen Soziologie. Foto: privat



Teresa Lindenauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) und arbeitet an einer Promotion über Politische Narrative. Foto: HAIT



Impressum

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung, Jupp Legrand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2810, E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de, www.otto-brenner-stiftung.de

Veröffentlicht unter CC BY-NC-SA 4.0-Lizenz.



Mehr Infos sowie die Langfassung der Studie finden Sie auf unserer Website: www.otto-brenner-stiftung.de